



I Need Job
Not Speech

Gegen Spardiktate und Nationalismus

Tagebuch: Solidaritätsreise nach Griechenland, September 2016



*Die Seminarteilnehmer*innen aus Griechenland lassen sich das Stadtdenkmal in Salzgitter erklären*

Vorbemerkung

Nachdem wir letztes Jahr 30 TeilnehmerInnen waren und es sich herausstellte, dass eine so große Gruppe sowohl organisatorisch wie kontaktmäßig ungünstig ist, beschlossen wir, dieses Jahr die Gruppe zu teilen. Ein Teil sollte sich auf Athen konzentrieren und der zweite auf Saloniki.

Im Laufe des Jahres entwickelte sich die Chance, über die IG Metall Salzgitter einen Workshop zu organisieren. Er fand im August mit fünf griechischen Gästen statt. Das verband sich mit der Hoffnung, dass dann Teilnehmer des Workshops sich an der Solireise beteiligen würden. Aber eine Teilnahme Salzgitteraner Kolleg*innen kam leider nicht zustande. Nachdem dann noch einige andere verhindert waren, waren wir schließlich nur noch eine kleine Gruppe von sieben TeilnehmerInnen. Natürlich hat das auch mit der politischen Entwicklung des letzten Jahres zu tun: Zum einen gab es nach der Kapitulation der Syriza-Regierung vor der Troika im Juli 2015 gerade bei der internationalen Solidaritätsbewegung einen deutlichen Rückgang, da viele enttäuscht waren, die besonders auf Syriza große Hoffnungen gesetzt hatten. Zum anderen dominiert politisch die Flüchtlingsfrage so sehr, dass viele andere Themen in den Hintergrund gedrängt wurden. Dazu gehört auch die Krise in Griechenland.

„Wie nach einem Bombenangriff“

Was wir bei der diesjährigen Reise immer wieder erfuhren, waren die katastrophalen politischen Folgen der Unterwerfung der Syriza-Regierung unter das Diktat der Troika im Juli 2015. Vor allem deswegen, weil diese Unterwerfung der von der Regierung anberaumten Volksabstimmung folgte. Syriza hatte die Menschen aufgerufen, mit „Ochi“ (Nein) gegen die Auflagen der EU-Institutionen und des IWF (Troika) zu stimmen und es waren ihr 62% der Abstimmenden gefolgt. Trotz dieses klaren Mandats machte Syriza daraus ein „Ja“. War

das schon eine politische Katastrophe für viele Aktive und solche, die eine gewisse Hoffnung auf Syriza gesetzt hatten, so verschlimmerten die Neuwahlen das Ganze noch, soweit es überhaupt möglich war. Denn Syriza ging in den Wahlkampf mit dem Versprechen, das Schlimmste zu verhindern, also z.B. Renten und Mindestlöhne nicht weiter zu kürzen, Privatisierungen zu verhindern usw. Deswegen wurde sie von vielen auch noch einmal gewählt. Ein Jahr später stellt sich nun heraus, dass Syriza nicht nur die Versprechen nicht einhalten konnte, was angesichts der Kräfteverhältnisse auch nicht so verwunderlich ist. Sondern Syriza ist mittlerweile auch zur Verkünderin und Rechtfertigerin des ganzen neoliberalen Folterkatalogs geworden, der von Renten- und Lohnkürzungen über Privatisierungen bis zum Einsperren der Flüchtlinge in Lagern reicht.

Was uns immer wieder berichtet wurde, ist das absolute politische Desaster für die Linke ganz allgemein in Griechenland. Es sind weniger die Sparmaßnahmen, die durchgeführt werden; sondern vor allem dass sie jetzt von einer „radikal linken“ Regierung durchgezogen und auch noch gerechtfertigt werden. Das hat nun dazu geführt, dass alles, was sich „links“ nennt, total unglaubwürdig geworden ist. Die Leute erzählen sich jeden Tag – wie einen Witz – den jeweils neuesten haarsträubenden, zynischen Spruch, den wieder ein Syriza-Regierungsmitglied oder -Abgeordneter losgelassen hat.

Das politische Terrain in Griechenland, in dem sich unsere Kontakte bewegen, ist zu einer Landschaft geworden, die aussieht „wie nach einem Bombenangriff“, wie sich A. ausdrückte. Für die, die noch aktiv sind, heißt es, ganz neu anzufangen und dies unter wesentlich schlechteren Bedingungen als vor acht Jahren. In der Geschichte führte eine solche politische Konstellation – Apathie und Resignation nach einer Niederlage der linken Bewegung - sehr oft dazu, dass die Rechte marschierte. In Griechenland ist es – noch - nicht soweit, unseren GesprächspartnerInnen zu folgen. Aber das muss nicht so bleiben.

Manfred

Kampf gegen Kürzungen an den Schulen

Zwei Tage, bevor unsere Reisegruppe in Athen eintraf, hatten tausende Lehrerinnen und Lehrer gestreikt, Mitglieder der Grund- und Vorschullehrer*innen-Gewerkschaft DOE einen ganzen Tag und Mitglieder der Sekundarschullehrer*innen-Gewerkschaft OLME drei Stunden. Die Kolleg*innen protestierten mit ihrem Ausstand gegen die Kürzung des Unterrichts an den öffentlichen Schulen.

Ab dem Schuljahr 2016/17 endet an allen Grundschulen der Unterricht um 13.15 Uhr. Das bedeutet für die Klassen 1 bis 6 der ca. 1350 städtischen Schulen mit mindestens 12 Klassen eine Unterrichtsstunde pro Tag weniger = fünf Unterrichtsstunden pro Woche und Klasse. Allein an einer der üblicherweise zweizügigen Grundschulen in Athen oder anderen Städten werden so 2 bis 2,5 Lehrer*innenstellen eingespart (8 dritte bis sechste Klassen x 5 Std.= 40 Std.). Dazu kommen Streichungen von 3 Unterrichtsstunden pro Woche und Klasse an den Sekundarschulen.

Das Bildungsministerium beschäftigt ca. 23 000 Lehrer*innen mit Fristverträgen von September bis Juni, davon haben ca. 4500 kein Vertragsangebot für das Schuljahr 2016/17 erhalten. Das ist eine besondere Härte für diese jungen Lehrer*innen, die ja meist seit 2009 auf eine Festeinstellung warten. Außerdem leidet die Qualität des Unterrichts, weil z. B. Musik-, Theater- und Kunstangebote wegfallen, die oft von Stundenlehrer*innen angeboten worden waren.

Samstag,
17. September

Uns ist klar, dass dieser Sparkurs auf Druck der EU, EZB und IWF zustande kam. Um so erstaunter waren wir, als uns die griechischen Kolleg*innen sagten, die Begründung des Ministeriums für die Maßnahmen lautete, man wolle nunmehr alle Schulen Griechenlands, egal ob in einem Dorf oder in Athen, gleich behandeln, außerdem sei es für die Familien besser, wenn die Kinder früher nach Hause kämen. Will die Syriza-Regierung etwa mit solchen dümmlichen Argumenten die „Institutionen“ aus dem Schussfeld nehmen?

Robert



Besuch im Hafen Piräus

Montag,
19. September

Wir trafen uns mit Anastasia Frantzeskaki, die die Gewerkschaft der Angestellten und Techniker*innen in allen griechischen Häfen vertritt, und mit Giorgos Gogos von der Gewerkschaft der Hafentarbeiter. Anastasia kennen wir bereits aus Deutschland, sie war Anfang September in Salzgitter und in Hamburg und will uns heute vor Ort einen Überblick über die Situation der Arbeitsbedingungen vermitteln. Untergebracht sind die beiden Gewerkschaften in einem Sechzigerjahre-Bau in Sichtweite der Terminals.

Etwas Grundsätzliches vorweg: Die Gewerkschaft, in der Anastasia ist, gehörte bis 1990 zum öffentlichen Dienst und war Mitglied im Dachverband Adedy, danach fanden die ersten Privatisierungen statt und Teile der Arbeitsbereiche wurden an die Börse gebracht. Die erste Privatisierungswelle hatte keine Kündigungen zur Folge; den Beschäftigten wurden Angebote unterbreitet, in anderen Teilen des öffentlichen Dienstes zu arbeiten. 2009/2010 wurde das Dock 9 an die chinesische Staatsreederei Cosco verkauft. Damals gingen ca. 500 der Beschäftigten vorzeitig in die Rente, weil sie entsprechende Angebote bekamen. Das Interesse von Cosco lag darin, neue Beschäftigte zu verschlechterten Arbeitsbedingungen einzustellen.

Anastasia und Giorgos ist es wichtig darauf zu verweisen, dass die Beschäftigten des ehemaligen öffentlichen Diensts bis zur Privatisierung keine Tarifverhandlungen führen mussten, sie sind also noch relativ unerfahren auf diesem Gebiet. Die Hafentarbeiter haben immer Tarifverhandlungen geführt.

Die Hafentarbeiter sind nicht mehr Mitglied in der ITF, sondern im IDC. Sie sind nach dem großen Hafentarbeiterstreik in Liverpool zusammen mit anderen Mittelmeerhäfen aus der ITF ausgetreten, und Piräus gilt als Mitbegründer der IDC. Zusammenarbeit findet jedoch statt. So haben z.B. beide Organisationen am 8.7.2016 einen einstündigen Warnstreik weltweit organisiert, der zum Inhalt die Rechte der Hafentarbeiter, Widerstand gegen flexible Arbeitsformen und die Sicherheitsvorkehrungen hatte.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist seit der Krise stetig gesunken und ist nur noch sehr niedrig.

In Griechenland gab es traditionell wenig Industriearbeiter wie bspw. bei uns; Arbeit in der Industrie, wie bspw. bei der Stromgesellschaft, gehörte dem öffentlichen Dienst an (Beschäftigte bei der Stromgesellschaft ca. 25.000). Auch Banken sowie die Telefongesellschaft waren staatliche Betriebe.

In Griechenland gibt es fast nur kleine private Betriebe, die überwiegend Familienbetriebe sind und meist nur wenige Beschäftigte haben. Ausnahme sind einige wenige größere Betriebe in den Bereichen Textil, Pharma, Metall, Stahl, Aluminium und Nahrungsmittel.

Die erste Runde der Veränderungen wurde in den 1980er Jahren eingeläutet. Durch die weltweiten Veränderungen kam es zu ersten Betriebsschließungen. Entweder erfolgten Schließungen oder es kam zu Firmenverlagerungen in andere Balkanländer (insbesondere im Bereich Textil). Die zweite Runde der Veränderungen folgte in den 1990er Jahren, als Multikonzern Firmenschließungen veranlassten. Deutlich kann das am Beispiel des Reifenherstellers Pirelli gemacht werden, der seinen Firmensitz aus Kostengründen (Lohnkosten insbes.) in die Türkei verlagerte.

Bis zu dieser Zeit gab es in den Branchen kampfstärke linke Gewerkschaften, die sich auflösten, als die Betriebe geschlossen wurden und die Arbeitnehmer*innen nicht mehr in ordentlichen Beschäftigungsverhältnissen waren.

Die dritte Phase der Veränderungen begann 2010 mit den Memoranden. Die Arbeitsgesetze wurden geändert, Arbeitsverhältnisse „flexibilisiert“. Es folgten Entlassungen im großen Stil und Neueinstellungen zu neuen, schlechten Bedingungen, wie ungesicherte Arbeitsverhältnisse und geringere Bezahlung. Die meisten Beschäftigten waren/sind nicht gewerkschaftlich organisiert.

Es gibt inzwischen Branchen, in denen es keine Gewerkschaften mehr gibt. Bei Streikaufrufen hat das zur Folge, dass nur noch eine ganz niedrige, kaum wahrnehmbare Streikbeteiligung erfolgt. Auf den Schiffen arbeiten kaum mehr griechische Seeleute. Wenn dort zum Streik aufgerufen wird, streiken nur noch die wenigen Seeleute, die noch unter griechischer Flagge fahren. Sichtbare Auswirkungen haben solche Streiks also nicht mehr.

Aktuelle Situation

Der Hafen Piräus wurde am 10.8.2016 privatisiert, d.h. an Cosco verkauft. Die Gewerkschaften befinden sich noch in der Phase zu sehen, wie es weitergeht, Abschätzungen vorzunehmen. Cosco selbst verfügt über keinerlei Erfahrungen, wie ein Hafen funktioniert. Ihre Erfahrungen beziehen sich nur auf den Betrieb von Containerterminals. Unsere beiden Gesprächspartner betonen, dass sie das Ausmaß der Inkompetenz trotzdem überrascht hat. Es gibt bei Cosco keine professionellen Übersetzer, alle sprechen nur chinesisch. Ein einziger Übersetzer ist vor Ort, der aber keinerlei Kenntnisse der Fachbegrifflichkeiten hat.

Hinzu kommt, dass Cosco erstmalig einen ganzen Hafen gekauft hat und nicht weiß, wie damit umzugehen ist. Bis zum Verkauf war der Hafen staatlich geregelt, jetzt fungiert er als privater Hafen. Aber auch die Hafenbehörde wurde mit an Cosco verkauft. Damit hat der griechische Staat sämtliche Kontrolle über den Hafen aufgegeben, auch die Sicherheit. Es ist nichts geklärt und aktuell finden zwischen dem griechischen Staat und Cosco Verhandlungen statt, die regeln sollen, welche Rechte des Staats auf Cosco übergehen sollen.

Klar war immer das große Interesse Coscos am Containerverkehr. Der Personenverkehr gehörte eigentlich nicht zum Interessensgebiet, aber da der ganze Hafen zum Verkauf angeboten wurde, wollten die Chinesen sicherstellen, dass niemand anderer Teile des Hafens erwerben könnte. Bestandteil des Vertrags über den Verkauf des Containerterminals ist auch, dass in einem Radius von 200 km kein neues Containerterminal gebaut werden darf.

Der Kaufpreis oder die Pacht für den gesamten Hafen beläuft sich auf 360 Mio. Euro, ein Spottpreis, wenn man bedenkt, dass allein für die Containerterminals die Pacht, bei einer Laufzeit von 35 Jahren, sich auf 1.560 Mrd. Euro belaufen hätte.

Auch die nicht sonderlich profitable Binnenschifffahrt gehört jetzt Cosco, ebenso die Hafengebäude. Cosco plant, eine Hafencity nach Vorbild Londons zu errichten. Hierbei wird aber nicht berücksichtigt, dass die Hafencity in London, wie auch in Oslo oder Hamburg, in Hafengebieten errichtet wurde, die bereits nicht mehr für den See- und Umschlagsverkehr genutzt wurden.

Anastasia verweist noch auf einen weiteren Aspekt, der bislang wenig diskutiert wurde. China habe nun erstmals einen Hafen für seine Kriegsflotte, einen militärischen Stützpunkt in Europa.

Die griechische Marine hat ihre Flotte in eigenen Häfen. Bislang durfte der Hafen Piräus für die griechischen Kriegsschiffe kostenlos genutzt werden. Jetzt muss bei Cosco um Anliegerlaubnis angefragt und müssen Liegegebühren bezahlt werden. Hier kann es zu wirtschaftlicher Abwägung kommen. Soll ein Kreuzfahrtschiff anlegen oder doch lieber ein Schiff der griechischen Marine? Sollte die Marine darauf bestehen, einen der Liegeplätze nutzen zu wollen und es damit zu Einnahmeverlusten kommen, weil Kreuzfahrer nicht anlegen können, dann ist der griechische Staat verpflichtet, eine Entschädigungszahlung an Cosco zu leisten.

Beim Verkauf des Hafens wurde vertraglich festgelegt, dass bestimmte Hafengebiete und die darauf befindlichen Gebäude weiterhin dem griechischen Staat gehören, z.B. der Zoll. Wenn Cosco allerdings Interesse daran verkündet, diese Gebäude für eigene Zwecke nutzen zu wollen, sind sie zwar verpflichtet für Ersatz zu sorgen und diesen anzubieten. Der griechische Staat hat die Ersatzflächen allerdings ohne Verhandlungen zu akzeptieren.

Die Küstenwache, der Zoll, die Port Authority waren vor dem Verkauf alle gleichberechtigte Akteure im Hafen. Jetzt gibt es dort allerdings eine höhere Instanz, den chinesischen Käufer. Es herrscht nun ein totales Chaos über Rechte und Kompetenzen, was wohl von der griechischen Regierung und dem Ministerium für Seefahrt nicht bedacht wurde, als man den Auflagen der Troika nachkam und den gesamten Hafen privatisierte.

Die Verträge mit Cosco sind inzwischen veröffentlicht worden. Die Gewerkschaften waren über Vertragsinhalte informiert und hatten gute Gegenargumente, die aber nicht aufgenommen wurden, was jetzt zu erheblichen Problemen führt. Das griechische Militär, die Küstenwache haben erst nach Fertigstellung des Vertragswerks Einblick bekommen und dann nur

das Recht zu kleinen, geringfügigen Änderungen bekommen. Der Hafen Piräus liegt an der EU Außengrenze, Krisengebiete wie die Türkei, Syrien und der Irak liegen nah.

In den öffentlichen Medien wurde der Verkauf nur positiv bewertet. Von wirtschaftlichem Aufschwung war die Rede. Nur einige private Medien haben eine kritische Beleuchtung vorgenommen, die aber kaum wahrgenommen wurde.

Das Gebäude, in dem die Gewerkschaften ihre Büros haben, gehört nun ebenfalls Cosco und es bleibt abzuwarten, ob sie darin bleiben können oder andere, wohl weit-aus schlechtere, Räumlichkeiten, zugewiesen bekommen. Auch der Zugang der Gewerkschaftsvertreter*innen zu den Hafenanlagen und damit zu ihren Kolleg*innen muss noch geklärt werden. Cosco möchte Werksausweise ausstellen. Ein solches System gibt es bereits seit 2011, zuvor konnten alle Hafengebiete betreten werden. Cosco hat aufgrund der Sicherheitsregelung „ISPS Code“ alle Möglichkeiten, den Zugang zu Hafengebieten massiv zu begrenzen oder auch ganz zu untersagen. Gerüchte sagen, dass es ab Oktober 2016 zu begrenzten Zugängen kommen wird.

Zwischen den Gewerkschaften und Cosco hat es bisher nur ein einziges, inoffizielles Treffen gegeben. Sie wollen direkt verhandeln, müssen jedoch abwarten, bis sich die neuen Eigentümer bei ihnen melden werden. Es gibt viele Gerüchte, nichts Konkretes.

Anastasia und Giorgos verweisen auf den Streik im Sommer, der von Ende Mai bis Ende Juni ging. Er ging um die Sicherstellung der Arbeitsbedingungen und hatte zur Forderung, dass alle Arbeitsplätze und Rechte sichergestellt würden. Der noch gültige Tarifvertrag läuft Ende 2017 aus. Durchgesetzt werden konnte, dass keine betriebsbedingten Kündigungen stattfinden, aber das gilt alles auch nur bis zum Auslaufen des Tarifvertrags Ende 2017. Es wird als schwierig eingeschätzt, die bisherigen Arbeitsverhältnisse und -konditionen beibehalten zu können.

Während des Streiks gab es keine soziale Bewegung, die hinter den Streikenden stand. Daran tragen auch die Gewerkschaften Schuld, die nur wenig Widerstand gegen den Verkauf und die Konditionen geleistet haben. Es gab wenig Unterstützung, dafür aber auch Bestechungsversuche. Es scheint, dass jede*r versucht, ihr/sein eigenes Überleben zu sichern.

Anastasia gibt ihre persönliche Einschätzung zu bedenken. Seit Juli 2015 [Das „Ochi-Referendum“, also das Nein zu den Spardiktaten, das von der Syriza-Regierung in ein Ja umgewandelt wurde.] gab es einen starken Rückgang von politischer Bewegung, die bisher über Syriza organisiert war. Im Juli nach der Spaltung machte sich starke Enttäuschung, Wut und Entsetzen breit, es gibt noch immer viele, die versuchen Rechtfertigungen zu finden, weil sie selbst noch nicht realisiert haben, was geschehen ist. Einzelne Kommunen, wie Perama beispielsweise, haben erreicht, dass sie die Gebäude in öffentlichem Besitz übertragen bekommen. Deshalb gibt es von dort jetzt keine Solidarität mehr mit Piräus zu kämpfen. Anastasia beschreibt die Fehler der Gewerkschaften, die es versäumt haben sich direkt an die Bevölkerung zu wenden (wie z.B. beim Thema Wasser), sondern sich nur an die Verbände gewandt



Anastasia (Piräus), Klaus Lemnitz (IGM Berlin), Giorgos (Piräus) und Hakan (IGM Salzgitter) im September 2015

haben. Sie wollten die Kontrolle über die Prozesse nicht verlieren und haben deshalb die Bevölkerung nicht einbezogen. Der Kampf gegen die Privatisierungen läuft schon seit zehn Jahren. Als Syriza im letzten Jahr dann kapitulierte, schien es, als sei die Kraft des griechischen Volkes erschöpft.

Das Hauptziel wird es sein, weiterhin gute Tarifverträge auszuhandeln, die Gewerkschaften als politische Bewegung zu etablieren. Anastasia macht deutlich, wie wichtig der europäische Austausch sein muss, weil sich die Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt rasant ausbreiten werden. Es muss schnell eine europäische Bewegung dagegen entstehen. Als oberste Priorität wird eine gemeinsame Bewegung angesehen: „We have to organize a common movement!“

Doris

Besuch bei der LAE – Volkseinheit

Dienstag,
20. September

Die LAE gründete sich vor einem Jahr nach der Kapitulation der Syriza-Regierung vor dem Brüsseler Diktat und den Wahlen am 20.9.15, die also vor genau einem Jahr stattfanden. Sie bekam damals 2,89% der Stimmen und kam nicht ins Parlament wegen der 3%-Hürde. Sie besteht im Wesentlichen aus ehemaligen Mitgliedern von Syriza, die sich in der „Linken Plattform“ versammelt hatten. Deren Spitzenmann war Lafanzanis, der auch heute LAE-Vorsitzender ist. Wir hatten sie auch letztes Jahr kurz vor der Wahl besucht und darüber berichtet (<http://www.labournet.de/interventionen/wipo-gegenwehr/eu/wir-sind-alle-griechen/solidaritaetsreise/gegen-spardiktate-und-nationalismus-solidaritaetsreise-nach-griechenland-im-september-2015/?cat=8013>).

In Griechenland ist es so, dass jede im Parlament vertretene Partei ein Anrecht hat, Angestellte des Öffentlichen Dienstes als ihre MitarbeiterInnen zu beschäftigen – deren Gehalt wird weiter vom Staat bezahlt. Für jeden Prozentpunkt kann man zwei beschäftigen, wobei die Mindestzahl bei 30 liegt. Auch die LAE kann dies nutzen, obwohl sie nicht im griechischen Parlament vertreten ist – sie hat aber einen Abgeordneten im Europaparlament, der für Syriza gewählt wurde, nun aber bei der LAE ist. Deshalb gilt sie auch als Parlamentspartei. Die Grundschullehrerin V., zu der wir seit 2012 guten Kontakt haben, arbeitet deshalb zurzeit im Büro der LAE und konnte uns das Gespräch vermitteln. Aus dem letztjährigen Büro mussten sie ausziehen und sich ein billigeres suchen, im 8. Stock eines etwas heruntergekommenen Geschäftsgebäudes.

Unsere Gesprächspartnerin war Sofia Papadogianni, Mitglied des Vorstands und Hauptamtliche. Sie ist Soziologin und war schon lange bei Syriza bzw. deren Hauptgruppierung Synaspismos aktiv.

„Syrizas Verrat“

Sie verwies zuerst auf die Wahlen vor einem Jahr und wie Syriza und Tsipras versprochen hatten, keine weiteren Verschlechterungen hinzunehmen, gegen Privatisierungen zu kämpfen, keinesfalls die Strom- und Wasserversorgung zu privatisieren, das ehemalige Flugplatzgelände Ellinikó als öffentlichen Raum zu erhalten, den Mindestlohn anzuheben, Gewerkschaftsrechte wieder herzustellen usw. Nichts davon hätten sie eingehalten: Flughäfen wurden an Fraport verscherbelt, der Hafen von Piräus an Cosco verkauft und morgen werde das Parlament über den Verkauf von Ellinikó an einen griechischen Oligarchen abstimmen, weshalb es morgen Abend eine Demo vor dem Parlament geben werde.



Vor dem Büro der LAE

Es gebe jetzt allgemein eine große Resignation und Enttäuschung, weshalb es schwierig sei zu mobilisieren. Dies habe mit dem Verrat von Syriza nach der Volksabstimmung im Juli 2015 zu tun. Syriza habe all das verraten, wofür sie vorher eingetreten sei und was sie versprochen habe. Seither herrsche politisch eine Depression auf Seite der Linken und all jener, die ihre Hoffnungen auf Syriza gesetzt hatten.

Programm

Als zentrale Probleme sehen sie die untragbare Staatsverschuldung (180% des BSP), die auch mit einem Schuldenschnitt nicht zu beseitigen sei; die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere bei der Jugend: die niedrigen Löhne und die Unmenge an faulen Krediten in den Büchern der Banken, die griechische Schuldner nicht zurückzahlen könnten.

Ihr Programm beinhalte einen Zahlungsstopp bei den Schulden sowie eine Streichung der griechischen Staatsschulden. Die Banken sollen verstaatlicht werden, die betätigten sich als Diebe. Ein Großteil der Privatschulden solle gestrichen werden. Man wolle die Eurozone verlassen und die Drachme wieder als Währung einführen.

Gerade der letzte Punkt sei ein tabuisiertes Thema, weshalb man eine Aufklärungskampagne führen müsse. Dass man zu einer eigenen Währung zurück müsse, habe das vergangene Jahr gezeigt, als die EZB die griechische Zahlungsfähigkeit abgedreht habe. Es gelte die nationale und die Volkssouveränität wieder herzustellen.

Notwendig für all dies sei eine Bewegung und die Beendigung der aktuellen Apathie. Sie wollen einen Beitrag zur Wiederbelebung der Bewegung leisten. Sie streben eine Bündnispolitik an, seien offen gegenüber alle linken Gruppen und Gegnern der Memoranden. Voraussetzung sei, dass diese mit ihnen überhaupt reden wollten, was bei der KKE nicht der Fall sei.

Es kam die Nachfrage, wie das Überleben der Bevölkerung gesichert werden solle bei einem Austritt aus der Eurozone, insbesondere wie man die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Energie und Medikamenten sicherstellen wolle. Die Antwort war, Griechenland erziele einen Exportüberschuss (Anm: hauptsächlich durch den Tourismus), womit man die nötigen Importe finanzieren könne.

Grundsätzlich gebe es das Problem, dass Griechenland seit 30 Jahren in einem Deindustrialisierungsprozess sei, verstärkt seit 2008. Diesen Trend müsse man umkehren. Aber in der gegenwärtigen Situation erhielten die Kleinunternehmen von den Banken keine Kredite. Deshalb müsse man die Banken nationalisieren.

Fragen

Wie könnt ihr die Bevölkerung generell, in den Betrieben, in der Nachbarschaft erreichen?

Wir müssen überall präsent sein, bei Rentenprotesten, bei Ellinikó, bei Gerichtsverfahren gegen verschuldete Menschen.

Ihr tretet quasi an als Syriza 2.0, mit dem Anspruch alles das umzusetzen, was Syriza einst mal versprochen hatte. Aber wie sollen die Leute nach all den Erfahrungen, die sie mit Syriza gemacht haben, nach der Kapitulation aufgrund fehlender Unterstützung in Griechenland und Europa, euch jetzt glauben, dass ihr erfolgreicher sein könnt?

Viele Leute in der LAE waren schon vorher in der Opposition innerhalb Syrizas („Linke Plattform“), sie haben in vielen Punkten gegen die Regierung gestimmt; sie sind nach dem Juli 2015 von ihren Funktionen zurück getreten, sind als Minister zurück getreten und haben da-



Sofia Papadogianni

mit gezeigt, dass sie nicht an ihren persönlichen Vorteil denken. Das alles spricht für unsere Integrität und Glaubwürdigkeit.

Es ist ja auch ein bestimmter politischer Weg gescheitert, der da lautete: Mehrheiten gewinnen, Regierung stellen, über Parlament und EU-Institutionen Veränderungen durchsetzen. Dieser Weg ist gescheitert. Warum wollt ihr das wiederholen?

Für uns sind die Stärke der Widerstandsbewegung wichtig, aber auch das Parlament und die Regierung. Nehmen wir die aktuelle Auseinandersetzung über die Arbeitsgesetzgebung. Jetzt sollen alle bisher von der Troika aufgezwungen Verschlechterungen im Parlament als Gesetz verabschiedet werden, sonst werde es keine neue Auszahlung an Griechenland geben. Da werden wir aktiv sein. D.h. jede denkbare Form der Ausbeutung soll jetzt legalisiert werden. Der Hintergrund ist natürlich die grassierende (Jugend-)Arbeitslosigkeit. Der Widerstand dagegen ist nur vereinzelt, die gewerkschaftlichen Dachverbände sind diskreditiert. Wir wollen versuchen den vereinzelt Widerstand zu bündeln, damit daraus eine Massenbewegung wird.

Verhältnis zum Euro, zur EU?

Wenn die EU eine progressive Regierung unter unserer Beteiligung behindern sollte, werden wir eine Volksabstimmung über den Austritt durchführen. Es ist wichtig, dass eine linke Kritik an der EU formuliert wird, sonst kommt diese Kritik von rechts.

Wir haben keine Illusion von Griechenland als einer sozialistischen Insel. Wenn aber ein Land mit einer progressiven Regierung vorangeht, werden sich ganz neue Konstellationen und Bündnisse ergeben, die jetzt noch nicht vorhersehbar sind.

Wie sieht das Verhältnis zu anderen linken Gruppen aus?

Die Zersplitterung ist nach wie vor groß. Wir haben die Vorstellung einer gemeinsamen Front aller patriotischen Kräfte gegen die Memoranden. Wir sind mit anderen Gruppen im Gespräch (Antarsia und andere) und denken auch an gemeinsame Wahlbündnisse. Sollten diese Bündnisse erstarben, könnte das Ziel auch später eine gemeinsame Regierung sein.

Manfred

Der Verkauf von Ellinikó

Zum großen Ausverkauf gehört auch der Verkauf des ehemaligen Flughafengeländes Ellinikó, ein riesiges Grundstück, das ans Meer grenzt, ein sogenanntes Filetstück. Ursprünglich war dieses Gebiet als Grünfläche, Erholungsgebiet für die Bevölkerung gedacht. Das wäre auch dringend notwendig gewesen angesichts der Enge der Stadt und der schlechten Luft. Vor den Wahlen letztes Jahr versprach Syriza, Ellinikó nicht zu verkaufen. Aber jetzt soll es verkauft werden an den reichen Reeder Latsis, weit unter dem Wert. Der Latsis wird irgendwelche Luxusappartements für die Reichen bauen und seinen Reichtum weiter anhäufen. Damit wird wohl auch die größte Solidarklinik Griechenlands verschwinden, die auf dem Gelände arbeitet. Sie betreut alleine über 20.000 PatientInnen!

Unsere Übersetzerin Alexandra berichtet, wie ein Syriza-Abgeordneter diesen Verkauf rechtfertigt: „Würde Ellinikó teurer verkauft, würde das Geld sowieso in den Schuldendienst fließen.“ Zynismus oder Satire?

Am Tag, an dem im Parlament darüber abgestimmt wird, gibt es eine Protestdemonstration auf dem Syntagma-Platz, organisiert von der Laiki Enotita (LAE). Wir sind auch da mit unserem Transparent „Gegen Spardiktate und Nationalismus“. Nachdem wir von mehreren

Seiten gehört haben, dass die Bevölkerung von einer tiefen Resignation erfasst ist, erwarte ich nicht viel.

Wir treffen eine kleine Ansammlung von Menschen mit einem riesigen Transparent. Ungefähr 150 Menschen stehen herum und unterhalten sich angeregt und freundlich. Es wirkt wie ein Treffen von Freunden. Irgendeine Art von Kampfesstimmung ist für mich nicht zu erkennen. Unsere griechische Begleiterin sagt: „Das ist die Depression.“

Einige Neugierige kommen heran und wollen wissen, was unser Transparent sagt. Sofia von der LaE umarmt mich und freut sich, dass wir da sind, um zu unterstützen. Zum selben Thema demonstriert hundert Meter weiter die KKE/ML, eine noch kleinere Gruppe. Sie erscheinen mir etwas lauter und auffälliger, zum Schluss bilden sie eine Kette und laufen über den Syntagma.

Angela



Versammlung mit Basis- Gewerkschaften

Jennifer hat uns am Sonntagabend mit der Nachricht überrascht, dass sie zusammen mit Nikos von der Gewerkschaft „Buch und Papier“ ein Treffen mit Mitgliedern der Basisgewerkschaften organisiert hat. Auf dieser Veranstaltung sollen wir über die Arbeitsbedingungen in Deutschland berichten.

**Dienstag,
20. September,
am Abend**

Schon bei der Diskussion darüber, wie wir den Abend gestalten wollen, fällt uns auf, wie unterschiedlich die Systeme z.B. beim Recht auf Streik etc. sind.

Am Dienstagabend treffen wir uns dann mit ca. 35 Griech*innen auf dem Platz neben dem Dyktio. Wir berichten zuerst über die Arbeit von Gewerkschaften und Betriebsräten, über das bei uns eingeschränkte Streikrecht, geben dann einen Überblick über die Agenda-Poli-

tik, die Hartz IV-Gesetzgebung, Sanktionen, den Mindestlohn, Befristungen, Leiharbeit und das Thema der Altersarmut. Es folgen auch Beispiele aus der Arbeit in Industriebetrieben.

Danach kommt es zu einer interessierten und angeregten Diskussion; dabei werden uns folgende Fragen gestellt:

Ist der Mindestlohn bindend?

Wie hoch ist der Organisationsgrad in den Gewerkschaften?

Wer kann Betriebsrat werden und wie hoch ist die Beteiligung an Betriebsratswahlen?

Wie sind die Voraussetzungen für einen allgemeinen Streik?

Wie ist die Einstellung der Gewerkschaften zur EU?

Wie haben sich die Renten entwickelt und wie wird die Rente aufgestockt?

Wie sieht prekäre Beschäftigung aus?

Sind Migrant*innen gewerkschaftlich eingebunden?

Haben jüngere Arbeitnehmer*innen die gleichen Rechte?

Wer bezahlt die Betriebsrät*innen und wie werden sie bezahlt?

Die zwei Stunden vergehen rasch und wir stellen fest, dass diese Form des Austauschs für alle Seiten eine Bereicherung ist, die wir dringend wiederholen wollen. Mit einigen Aktiven gehen wir hinterher noch essen und vertiefen dort die Gespräche. Wir bekommen Aufkleber vom „St. Pauli-Fan-Klub Athen“ geschenkt, über die ich mich als Hamburgerin und St.Pauli -Fan riesig freue.

Doris

City Plaza Hotel

**Mittwoch,
21. September**

„Das beste europäische Hotel“, so ist das City Plaza Hotel auch durch progressive deutsche Medien betitelt worden. Es gab immer wieder Gerüchte, dass das Hotel durch die Regierung geräumt werden solle, aber es ist nach wie vor besetzt und bis auf den letzten Platz ausgelastet. Wir treffen uns mit Nasrim von der privaten Hilfsorganisation, die das Hotel organisiert, und drei jungen Menschen, die als Volontäre im City Plaza arbeiten.

Das City Plaza ist seit dem 22. April 2016, aktuell fünf Monate, besetzt. Es dient 400 Geflüchteten aus neun Ländern als Unterkunft. Die meisten davon sind Familien, einige Mütter mit Kindern, 10 minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge und 10-15 alleinreisende Männer. Das Hotel dient aber nicht nur als Unterkunft, sondern auch als Stätte der Solidarität und politischer Aktivitäten.

Es gibt Personen, die der dringenden Hilfe bedürfen, und Personen, die selbst mithelfen können, wie Handwerker, Ärzt*innen. Aktuell befinden sich ca. 25 freiwillige Unterstützer*innen im Haus.

Zur Verfügung wird in erster Linie das Wesentliche gestellt: medizinische Versorgung, Unterricht, 3xtäglich eine Mahlzeit, Wohnen und günstige Einkaufsmöglichkeiten. Gekocht wird gemeinschaftlich in der Gemeinschaftsküche und es wird – in Schichten – zusammen gegessen. Auch bei der Bewältigung der Formalitäten wird geholfen. Mitglieder der Lehrgewerkschaft bieten ehrenamtlich Sprachunterricht an und es gibt eine Gruppe von Ärzt*innen, die kostenfreie medizinische Versorgung gewährleisten.

In Athen gibt es aktuell neun besetzte Häuser, in denen ca. 1.800 Menschen leben. Nasrim weist darauf hin, dass es Sicherheitsprobleme gibt. Erst vor 20 Tagen haben Faschisten einen Brandanschlag verübt, der zum Glück keine Schäden angerichtet hat. Das City Plaza



*Alle Bewohner*innen, soweit sie in der Lage sind, müssen sich an der Arbeit im Plaza Hotel beteiligen, wie hier in der Küche.*

hat einen 24-Stunden Sicherheitsdienst eingerichtet, sie waren auch in großer Sorge, dass die Polizei das Haus räumen könne. Es gab zahlreiche Versuche, ihre Arbeit zu stören, zunichte zu machen. Die Wasserzufuhr sollte mehrfach gekappt werden (weil keine Wasserkosten bezahlt werden). Gemeinsam haben sich Solidaritätsgruppen und Geflüchtete den Mechanikern in den Weg gestellt, die die Wasserzufuhr abstellen wollten. Der Strom wurde abgeschaltet, funktioniert aber wieder.

Die Arbeit der Ehrenamtlichen wird in regelmäßigen Vollversammlungen besprochen, vereinbart. Ihr Kampf richtet sich gegen die Massenunterkünfte, die Camps [die meisten in Nordgriechenland; sie wurden eingerichtet, als Mazedonien die Grenze schloss].

Aktuell leben gut 65.000 Geflüchtete in ca. 50 Camps. Die meisten Camps haben zwischen 500 und 700 Geflüchtete.

Wir haben in den Nachrichten vom Brand des Camps Moira auf Lesbos gehört und fragen Nasrim nach den neusten Informationen. Moira ist zu 80% abgebrannt. Anders als in der Presse berichtet, dass Geflüchtete das Camp angezündet haben, wird die Vermutung geäußert, dass Faschisten das Camp in Brand gesetzt haben könnten. Es gab dort Demonstrationen von rechten Gruppen gegen das Camp. In der Diskussion steht, zwei Schiffe/Wohnschiffe zu organisieren, auf denen die Geflüchteten bleiben sollen.

Fast alle Camps liegen außerhalb von Städten/Ortschaften. Es gibt keinen Zugang zum normalen Leben, keine Möglichkeiten Einkäufe zu tätigen. Das griechische Militär und der UNHCR haben Zelte aufgestellt, in denen es keine Privatsphäre gibt, kein sauberes Wasser, zu wenig Essen und keine Sicherheit. Es gibt keine Duschen und viel zu wenig Toiletten,

was insbesondere für die dort untergebrachten Frauen ein riesiges Problem darstellt. Wenn es regnet, sind die Camps innerhalb kurzer Zeit verschlammt und damit unbewohnbar.

Im City Plaza gibt es zahlreiche schwangere Frauen, es hat auch schon 15 Geburten gegeben. Von den 400 dort lebenden Menschen sind 170 Kinder. Von den insgesamt 65.000 Geflüchteten in Griechenland sind ungefähr 20.000 Kinder.

Viele der Kinder sind schulpflichtig, haben aber keinen Zugang zu Schulen, zu Unterricht. Die griechische Regierung tut nichts. Zwar werden kleine Schulzelte aufgestellt, die aber dann nichts bringen, weil es an Lehrmitteln und Lehrer*innen fehlt. Die Hilfsorganisationen fordern daher, leer stehende Gebäude zu finden und sie zu Schulen und Gesundheitszentren umzubauen.

Bei dem Brand im Camp Moira sind die NGOs verschwunden; nur durch die Hilfe von Volontären war es möglich ca. 90 Minderjährige in andere Camps zu bringen, z.B. in das selbstorganisierte Camp „Bigma“. Den griechischen Behörden sind die Volontär*innen ein Dorn im Auge. Es wird versucht, sie zu kriminalisieren, sie sollen unter griechische Aufsicht oder dem UNHCR unterstellt werden. Es wird versucht zu verhindern, dass Volontär*innen Zugang zu den Camps bekommen, sie sollen keine Hilfe leisten können.

Die Situation ist gefährlich, da viele faschistische Gruppen gegründet und stärker werden. Eine neue Gruppe nennt sich „Le Pen“. Diese Gruppe hat in Athen erst vor kurzem im Zentrum ihr Büro eröffnet. Auf der Insel Chios sind die Faschisten sehr stark. Sie attackieren die Flüchtlingscamps und hetzen die Bevölkerung gegen die Geflüchteten und die Camps auf.

Bei der Polizei gibt es viele Faschisten, sie sehen bei den Attacken ihrer Gesinnungsgenossen zu und leisten den Geflüchteten keine Hilfe. Die Regierung unternimmt nichts gegen diese Ungeheuerlichkeiten.

Wir fragen nach der Finanzierung des City Plaza und erfahren, dass es eine unabhängige Finanzierung ist, es gibt eine enge Vernetzung mit diversen Gruppen. Die Hilfe der Volontär*innen erfolgt unentgeltlich. Spenden nehmen sie nur von Solidaritätsgruppen an, nicht von NGOs. Die Hilfsorganisation Medico bietet immer wieder an, dass Geldspenden über deren Konten an das City Plaza weitergeleitet werden. Solidarische und politische Hilfe ist immer willkommen. Sie wünschen sich, das City Plaza als europäisches Projekt zu begründen mit dem Slogan:

„We live together“

Das Leben im City Plaza unterliegt klaren Regelungen: Diskriminierung, Sexismus, Faschismus, Alkohol und Drogen werden nicht toleriert. Zu keinem Zeitpunkt. Bei Problemen, Missverständnissen untereinander, wird eine andere Form der Bewältigung versucht, die Herausziehen aus der Situation und Besprechen mit unbeteiligten Personen zum Inhalt hat. Jede/r Bewohner*in ist verpflichtet, an einem Tag der Woche Arbeiten zu leisten, jede/r nach ihren/seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten.

Die Arbeit im City Plaza erfordert viel Hilfe. Die monatlichen Kosten belaufen sich auf 10.000 Euro. Kosten für Strom und Wasser zahlt das City Plaza bewusst nicht. Das Hotel gehörte einer Frau, die das Hotel einem Konzern übertragen hat. Diese Einrichtung ging Konkurs, das Gebäude ging danach auf die Stadt Athen über. Die Arbeitenden im Hotel erhielten ihre ausstehenden Löhne nicht und klagten dagegen. Die Klage gewannen sie und es wurde vereinbart, dass die im Hotel befindlichen Möbel verkauft werden sollten, um die Löhne damit zu finanzieren. Nachdem das Hotel jetzt besetzt ist, haben sich die

Arbeiter*innen mit den Geflüchteten solidarisch erklärt und verzichten auf den Verkauf des Mobiliars, haben das Mobiliar der Hilfsorganisation zur Verfügung gestellt.

Offizielle Kontakte zu Syriza gibt es keine. Einzelne Abgeordnete kennen sie allerdings persönlich, was manches Mal sehr hilfreich ist. Seitens des PASOK-Bürgermeisters der Stadt wird Druck auf die Regierung ausgeübt, das Hotel zu räumen, zu schließen und auch die Opposition ist gegen besetzte Häuser, auch die KKE.

In Athen gibt es ca. 4.000 leer stehende öffentliche Gebäude. Laut einem Bericht des Guardians sollen es europaweit 11 Mio. leer stehende Gebäude sein [diese Zahl scheint uns sehr willkürlich ermittelt zu sein, da es sich ja inzwischen auch um zwangsgeräumte Wohnungen in Portugal oder Spanien handeln kann]. Diese leer stehenden Gebäude sollten durch die Allgemeinheit genutzt werden. Sollten nicht nur als Unterbringung für Geflüchtete, sondern auch als Wohnraum für Obdachlose, Menschen ohne/mit geringem Einkommen genutzt werden. Sie könnten als Beispiel neuer Wohnformen dienen. Das City Plaza sieht sich nicht als Antwort auf die Frage, wie Unterbringung von Menschen erfolgen soll.

Wir haben die Möglichkeit, uns in den öffentlichen Räumen des Hotels umzusehen. Sehen die Küche, in der gerade ein Mittagessen vorbereitet wird, das Untersuchungszimmer, das wir schnell wieder verlassen, weil dort gerade ein kleiner Junge geimpft werden soll, der uns mit großen, etwas fragenden Augen anschaut. Im Speise- und Aufenthaltsraum werden Kinder geschminkt, andere spielen mit viel Lärm mit einem Ball, laufen herum und versuchen die Aufmerksamkeit der Volontär*innen auf sich zu ziehen. Wir versuchen zu realisieren, dass sie alle noch vor wenigen Wochen auf der Flucht waren, sich den unsäglichen Fluchtbedingungen aussetzen mussten. Wie viele traumatisierende Erfahrungen sie weiterhin begleiten werden, können wir nicht feststellen. Im Moment leben sie mit ihren Familien sicher im „Besten Hotel Europas“.

Wir übergeben eine Spende von 1000€.

Doris



Unsere Reisegruppe vor dem Hotel Plaza



Die Fotoausstellung über Proteste der Refugees in Berlin, die wir voriges Jahr mitbrachten, ist noch immer in Perama zu sehen.

Besuch im sozialen Zentrum Perama

Mittwoch,
21. September,
am Abend

Wir fahren nach Perama, ins solidarische selbstverwaltete Zentrum. Für Rolf, Andi, Manfred und Hans ist es der vierte Besuch, für mich der zweite. Babis war aber auch im letzten Jahr in Hamburg und schon beim Ankommen überwältigt mich das Gefühl der Freude, wieder hier sein zu können. Die Begrüßungen sind herzlich und es ist schön, Menschen vom vorherigen Besuch wieder zu sehen. Zu sehen, dass die Mitglieder des Zentrums weiterhin mit Kraft und Selbstvertrauen ihre Arbeit fortführen.

Eigens für unseren Besuch ist ein kleines Fest mit Essen, Musik und Tanz organisiert worden. Zuvor wollen wir uns aber austauschen über die aktuelle Situation.

Babis begrüßt uns mit den Worten, dass bereits ein Jahr seit dem letzten Besuch vergangen sei, aber die Gesichter aller sehr vertraut seien, die Gesichter von Freunden und Genossen. Die Mitglieder des Zentrums seien gerührt die Gruppe wieder zu sehen, Menschen, die ihnen vertraut sind.

Was ist in dem einen Jahr seit dem letzten Besuch passiert? Nicht nur in Perama, sondern in ganz Griechenland hat sich die Situation der Bevölkerung verschlechtert. Höhere Steuern und massive Kürzungen der Löhne und Renten bereiten den Menschen große Probleme. Die Arbeitslosigkeit wächst. Tragisch ist die Situation zu bewerten, wenn zeitgleich die Löhne sinken und sich die Arbeitslosenrate erhöht.

Babis berichtet, dass die Mitglieder des Zentrums an den Kämpfen gegen die Privatisierung der Flughäfen und des Hafens Piräus teilgenommen haben. Es entwickelt sich augenblicklich eine schlimme Situation. Nach dem „OXI“ im vergangenen Sommer hat sich die Situation der Bewegungen massiv verändert. Breitgemacht hat sich eine große Enttäuschung, Teile der intakten Bewegungen sind in der Phase der Abwehrkämpfe angelangt. Es ist schwierig nach der großen Enttäuschung wieder auf die Beine zu kommen und weiter zu arbeiten. Aber trotz dieses negativen Klimas ist das Zentrum Perama im Begriff wieder Neues zu organisieren. Die Vollversammlung hat beschlossen, ab Oktober eine Suppenküche zu eröffnen. Es ist notwendig geworden, eine Küche für jede*n zu eröffnen, egal wo eine Person wohnhaft ist, welche Nationalität sie hat, wie ihre Einkommenssituation ist. Die Küche soll offen sein für alle Menschen, die der Hilfe bedürfen. Zu Beginn soll sie an zwei Tagen in

der Woche geöffnet werden. Die finanzielle Situation lässt aktuell nicht mehr zu. Wenn aber genügend Mittel vorhanden sind, wird die Küche öfter geöffnet sein. Wichtig ist politische Solidarität zu praktizieren, zusammen zu essen und zusammen zu kämpfen. Finanziert werden soll das Projekt durch das Sammeln von Lebensmitteln (Supermärkte, Wochenmärkte). Alle, die Mitglieder im Zentrum sind, müssen Arbeiten für das Gemeinwohl leisten: Essen sammeln, Tüten für Bedürftige packen, dort helfen, wo Hilfe erforderlich ist.

Das Projekt der Suppenküche ist teuer; für den Aufbau wird viel Geld benötigt, Geld, das auch gern über solidarische Unterstützung aus dem Ausland zusammenkommen darf. Es ist aber wichtig, nicht nur zu kochen, sondern gegen die Depressionen zu kämpfen, die Suizidrate zu senken und ein Hoffnungsträger zu sein. Die Arbeit soll ein Kampf gegen die Isolation sein, sie soll die Leute befähigen, mit ihnen zusammen zu kämpfen.

„Wir verabschieden uns vom Ich und nehmen das Wir an!“

Die Versammlung in Perama kämpft aber nicht nur gegen den täglichen Hunger, sondern organisiert auch kulturelle Veranstaltungen. So wird zum Beispiel am kommenden Sonntag für die Kinder ein Puppentheater aufgeführt werden und danach findet eine kleine Party für alle statt.

Die Schule hat wieder begonnen, aber vielen Eltern fehlt das Geld, um für ihre Kinder Hefte und Stifte kaufen zu können. Im letzten Jahr gab es einen Aufruf und es wurden Hefte gespendet. Auch in diesem Jahr gab es einen solchen Aufruf, aber es gab keine einzige Spende, niemand hat etwas ins Zentrum gebracht. Es geht der Bevölkerung inzwischen zu schlecht. Daher hat die Versammlung Perama Hefte und Stifte gekauft, die jetzt an bedürftige Familien verteilt werden. Die Spende aus St. Georg in Hamburg, die Rolf übergibt, wird dankbar angenommen.

Babis hatte im letzten Jahr davon berichtet, dass sie auf einem kleinen Stück Land einen Gemüsegarten einrichten wollten. Auf die Frage, wie dieser Garten sich entwickelte, wird erzählt, dass das Gemüse dauernd vernichtet wird. Es wird nicht gestohlen, damit es jemandem zum Essen gereicht wird, sondern lediglich zerstört, um es nicht mehr essen zu können. Wir fragen, ob sie eine Vermutung haben, wer so etwas tun könne, ob es Faschisten sein können, die ihre Arbeit behindern wollen. Das wird nicht verneint, nicht ausgeschlossen.



Gutes Essen, Live-Musik und Tanz im sozialen Zentrum von Perama

Die Frage nach den Faschisten leitet über zur Tatsache, dass die „Goldene Morgenröte“ seit dem OXI stärker geworden ist; sie kann jetzt ihr zweithöchstes Ergebnis verbuchen und liegt aktuell bei 11% in Griechenland. Auch in Perama sind die Büros der Faschisten weiter vorhanden; auch sie verteilen Lebensmittel, allerdings nur an Griech*innen und sie betreiben ihre Propaganda. Im Hafen von Perama gibt es sogar eine Gewerkschaft der Goldenen Morgenröte, die dafür Sorge trägt, dass nur ihre Mitglieder einen der wenigen Jobs im Hafen bekommen. Zum Glück gibt es nur diese eine faschistische Gewerkschaft in Griechenland. Die schlimmste Stärke der Faschisten ist es aber, dass sie ihre dreckige Propaganda darauf aufbauen können, dass Syriza durch ihre neoliberale Politik die Verschlechterung der sozialen Lage der Bevölkerung herbeigeführt hat und dass sie dies im Namen der Linken getan hat. Das, obwohl Syriza alles macht, nur keine linke Politik, aber europaweit wird deren Politik als linke Politik beschrieben.

Die Versammlung in Perama war nie parteipolitisch aufgebaut, aber die meisten Mitglieder haben am 25.1.2015 Syriza gewählt und im Juli mit „Nein-Ochi“ gestimmt und sind seit einem Jahr, nachdem Syriza das OXI zu einem Ja gemacht hat, zutiefst enttäuscht von dem Verrat. In der Versammlung gibt es heute keine Syrizamitglieder mehr. Ein Mann berichtet uns, dass er sein ganzes Leben die KKE gewählt habe, aber am 25.1.2015 erstmalig dafür geworben habe, Syriza zu unterstützen. Er selbst hat Syriza gewählt, ebenso seine Familie und Freunde. Inzwischen hat er mehrfach Rentenkürzungen erfahren und ist wütend. Seine Rente ist von 502 auf 435 Euro gesenkt worden, der Eigenanteil beim Kauf von Medikamenten ist von 10 auf 25% gestiegen. Er sagt, dass Syriza sie verraten habe. Immer mehr Menschen können inzwischen dabei beobachtet werden, dass sie auf ihrer Suche nach Nahrung oder Kleidung Müllcontainer durchsuchen. Es werden immer mehr Menschen. Auch die Zwangsversteigerungen von Wohnungen haben begonnen. All diese Politik geschieht unter einer vermeintlich linken Regierung.

Die Mitglieder des Zentrums nehmen zusammen mit anderen Organisationen teil an den jeden Mittwoch stattfindenden Gerichtsverhandlungen, in denen es um Zwangsversteigerungen geht. Sie stören die Verhandlungen lautstark und erreichen, zumindest bislang, dass die Verhandlungen dann abgebrochen werden, weil die griechischen Gesetze vorsehen, dass Verhandlungen ohne Störungen zu führen sind. Wer weiß, wie lange diese Strategie noch aufgehen wird und das Gericht Wege findet, sie von den Verhandlungen fern zu halten.

Babis weist noch darauf hin, dass inzwischen 95% der Bevölkerung in Perama kein Auto mehr besitzen. Die Mitglieder der Versammlung nehmen teilweise lange Fußwege auf sich, um an den Versammlungen teilnehmen zu können, weil diese ihnen wichtig sind. Und es gibt unter der Bevölkerung in Perama eine Rate von ca. 30% Analphabet*innen, eine Zahl, die extrem hoch ist und darin begründet liegt, dass viele Kinder oft nur noch zwei Schulstunden täglich bekommen, weil es an Lehrkräften mangelt.

Nach dem Austausch feiern wir. Alle Anwesenden bekommen Essen aus der kleinen Küche serviert. Rolf gibt seinem Erstaunen Ausdruck, wie es möglich ist, in der kleinen Küche so viele Essen zuzubereiten. Es gibt auch eine griechische Band, die wunderbare Musik für alle spielt, und, nachdem alle gegessen haben, wird fleißig getanzt und geredet.

Auf Rolf wartet noch eine Überraschung. Im letzten Jahr wurde ihm mit großer Freude eine Geburtstagstorte mit Kerzen nachträglich zu seinem besonderen Geburtstag überreicht. Das geschieht auch in diesem Jahr. Mit strahlenden Gesichtern wird ihm eine Torte überreicht, mit der Bemerkung, dass er künftig jedes Jahr zweimal Geburtstag feiern würde. Einmal an seinem eigentlich Geburtstag und das zweite Mal, wenn er zu Besuch nach Perama käme. Die Freude ist sowohl Rolf als auch der Versammlung anzusehen. Die große Verbundenheit, Solidarität ist in jedem Moment zu spüren. Es wird viel gelacht.

Wir bleiben lange. Nach und nach verabschieden sich Mitglieder der Versammlung von uns. Babis erzählt uns von dem Schicksal einer Frau, die sich so herzlich von uns verabschiedet hat. Sie war das erste Mal wieder in der Versammlung, wollte unbedingt an der Feier teilnehmen und die Gruppe treffen. Vor drei Monaten hat sie ihren Sohn bei einem Unfall verloren und ihr Mann leidet unter starken Depressionen. Es macht betroffen, davon zu hören, aber auch froh zu wissen, dass die Gemeinschaft sie und ihren Mann trägt: Fort vom Ich, hin zum Wir!

Doris

Gedenkstätte Distomo

Auch dieses Mal hat die Soli-Gruppe den Ort Distomo und die dortige Gedenkstätte besucht.

Donnerstag,
22. September

Distomo ist einer der Orte, dessen Bevölkerung während der Besetzung Griechenlands von Angehörigen der deutschen Besatzungstruppen ausgelöscht wurde.

Soldaten der Wehrmacht und der SS waren am 10. Juni 1944 auf der Straße von Livadia nach Delphi in einen Hinterhalt der Partisanen geraten. Als Rache für ihre Verluste (7 Tote und zahlreiche Verwundete) wurde gegen die Einwohner Distomos, des nahe gelegenen Dorfes, eine Strafaktion durchgeführt. 218 Menschen, vom 2 Monate alten Säugling bis zum 85 Jährigen, wurden in einem teils „sadistischen Exzess“ (H. Fleischer) niedergemacht. Alle Familien des Dorfes waren betroffen, nur wenige Personen konnten fliehen, sich verstecken oder wurden von einzelnen Soldaten verschont, die sich ihre Menschlichkeit bewahrt hatten. Yannis Stathas, Vorsitzender des Arbeiterzentrums von Livadia und unser Begleiter zum Mahnmal, berichtete, dass auch seine Familienangehörigen zu den Opfern zählten, aber seine Großmutter das Massaker überlebte, weil der Soldat, der in ihr Haus eingedrungen war, nicht auf sie, sondern mit Absicht in die Luft geschossen hatte.

Der Besuch der Gedenkstätte und des Museums waren die bewegendsten Momente unserer Reise. Von jedem Opfer hängt ein Bild im Museum und besonders die der ermordeten Kinder gingen uns sehr nahe.

Kurz vor uns hatten Nürnberger Schülerinnen und Schüler die Gedenkstätte besucht. Ihr Kranz lag noch dort. Das schien uns ein hoffnungsvolles Zeichen gegen das Vergessen.

Die Mörder kamen alle davon und für diese Schuld des deutschen Staates hat es nie Wiedergutmachungsleistungen an die Überlebenden und Nachkommen gegeben. Das passt so gar nicht zu der Unerbittlichkeit, mit der Schäuble, Merkel und Co. heute griechische Staatsschulden eintreiben.

Robert

ΜΑΛΑΜΟΣ ΙΩΑΝΝΗΣ ΑΝΑΣΤ. >>	9
ΜΑΡΙΟΣ ΠΑΝΑΓΙΩΤΗΣ ΔΗΜΟΥ >>	68
ΜΑΡΙΟΥ ΠΑΝΩΡΑΙΑ ΔΗΜ. >>	41
ΜΑΣΤΟΓΙΑΝΝΗΣ ΝΙΚΟΛ. ΛΟΥΚ. >>	71
ΜΑΣΤΟΓΙΑΝΝΗ ΕΛΙΣΑΒ. ΛΟΥΚ. >>	29
ΜΙΧΑΣ ΓΕΩΡΓΙΟΣ ΝΙΚΟΛ. >>	60
ΜΙΧΑΣ ΗΡΑΚΛΗΣ ΙΩ. >>	66
ΜΠΑΛΑΓΟΥΡΑΣ ΝΙΚΟΛΑΟΣ ΙΩ. >>	49
ΜΠΑΛΑΓΟΥΡΑ ΘΕΟΧΟΥ ΠΑΝ. >>	71
ΜΠΑΜΠΑΝΟΠΟΥΛΟΥ ΧΡΥΣ. Β. >>	46
ΜΠΑΜΠΑΝΟΠΟΥΛΟΥ ΣΟΦ. Β. >>	6
ΜΠΑΡΛΟΥ ΤΑΣΙΑ ΧΡΙΣΤΟΦ. >>	44
ΜΠΑΡΛΟΥ ΛΟΥΚΙΑ ΠΑΝ. >>	29
ΜΠΑΡΛΟΥ ΤΑΣΟΥΛΑ ΠΑΝ. >>	4
ΜΠΑΡΛΟΥ ΑΒΑΠΤΙΣΤΟΝ ΠΑΝ. 5 ΜΗΝ.	
ΜΠΑΡΛΟΥ ΕΛΕΝΗ ΛΟΥΚ. ΕΤΩΝ 9	
ΜΠΑΣΔΕΚΗ ΓΑΡΥΦΑΛ. ΑΝΑΣΤ. >>	32
ΜΠΑΣΔΕΚΗ ΕΛΕΝΗ ΑΝΑΣΤ. >>	3
ΜΠΑΣΔΕΚΗ ΑΝΘΟΥΛΑ ΕΥΘ. >>	80



Besuch der Aluminiumhütte und des Arbeiterzentrums

Wie in den letzten Jahren organisierte Jannis Stathas die Treffen und Diskussionen in Distomo, im Arbeiterzentrum Livadia und auf der Aluminiumhütte. Jannis saß bis in den Sommer 2015 für Syriza im griechischen Parlament. Zusammen mit den Abgeordneten der „Linken Plattform“ revoltierte er gegen den Kurs von Tsipras, der, unter Umgehung der Parteigremien und ohne Einberufung eines Parteitages, aus dem „Nein“ der Bevölkerung ein „Ja“ der Regierung gemacht hatte. Jannis stimmte gegen das neue Memorandum. Zusammen mit etlichen Abgeordneten und vielen Mitgliedern der Partei, darunter fast der gesamten Jugendorganisation, verließ er im September vorigen Jahres Syriza. Seither konzentriert er sich auf seine Funktionen im Betriebsrat und der Gewerkschaft auf der Aluminiumhütte und auf die Tätigkeit im Arbeiterzentrum von Livadia.

Die Hütte (Aluminium of Greece S.A.) gehört mit 1.000 Festbeschäftigten und 600 Leihkräften zu den größten Industriebetrieben in Griechenland. Das Unternehmen hat in den letzten beiden Jahren große Gewinne eingefahren und ist gut ausgelastet. So gelang es, wie der Betriebsrat berichtete, durch die Androhung von Arbeitskampfmaßnahmen einen Teil der Lohnverluste der letzten Jahre wenigstens zum Teil auszugleichen – sicherlich eine absolute Ausnahme angesichts der Zerstörung der Tarife und den immer weiter sinkenden Löhnen und Renten im übrigen Land.

Einen Bericht darüber bekamen wir im Arbeiterzentrum von Livadia. Der Vorsitzende der Busfahrergewerkschaft des privaten Transportunternehmens in der Region berichtete über die Situation seiner KollegInnen. Sie haben seit mehreren Monaten keinen Lohn oder nur geringe Abschlagszahlungen erhalten. Ihre Möglichkeiten, den ausstehenden Lohn einzufordern, sind beschränkt. Sie fürchten durch einen Streik die Existenz des Unternehmens zu gefährden. Die Krise hat auch das Fahrgastaufkommen erheblich reduziert und das Busunternehmen an den Rand der Insolvenz geführt. So beschränken sie sich darauf, juristische Unterstützung zu geben und raten den Beschäftigten davon ab, die Offerten des Unternehmens anzunehmen, das ihnen neue Arbeitsverträge zu wesentlich schlechteren Konditionen anbietet. Aus Angst um ihren Arbeitsplatz sind einige KollegInnen dem gewerkschaftlichen Ratschlag nicht gefolgt. Mir wurde noch mal deutlich, wie Massenarbeitslosigkeit, fehlende soziale Absicherungen Ängste schüren, die eine Verteidigung gewerkschaftlicher Tarife fast unmöglich erscheinen lassen.

Zu erwähnen bleibt noch das Radiointerview von Doris und Hans. Die Gewerkschaft auf der Aluminiumhütte besitzt als einzige in Griechenland einen eigenen Radiosender. Er kann in der Region von Livadia empfangen werden, wird aber auch von ert-open per Internet ausgestrahlt.

Andi



*Im Studio des
gewerkschaftlichen
Radiosenders:*

*Die Redakteurin (oben),
Jannis Stathas (unten)*

*und die Dekoration im Studio
(rechts)*



Besuch bei NAR/Antarsya

Freitag,
23. September

Wir hatten jetzt zum ersten Mal ein Gespräch mit Leuten von Antarsya, einer Gruppe, von der wir immer wieder gehört hatten, dass sie ganz vernünftige Positionen vertrete. Antarsya ist zum einen ein Kunstwort, gebildet aus den griechischen Wörtern für antikapitalistisch, links, Zusammenarbeit und Umsturz. Ausgesprochen bedeutet es zum anderen aber auch „Meuterei“.

In dem Büro in der Nähe des Omonia-Platzes gab es aber keine Plakate oder Hinweise auf Antarsya, sondern auf NAR, „Neue Linke Strömung“. Sie erklärten uns, dass NAR die größte (von zehn) Gruppen innerhalb der linken Bündnisorganisation Antarsya sei. Sie entstand, als 1989/90 eine größere Anzahl von Mitgliedern, insbesondere aus dem Jugendverband, aus der KKE austrat, als diese zusammen mit der konservativen Nea Demokratia, ND (Neue Demokratie, sowas wie die CDU), eine Koalitionsregierung gegen die sozialdemokratische PASOK bildete, die damals in einen Korruptionsskandal verstrickt war.

Antarsya selbst wurde 2009 gegründet nach den Unruhen 2008 und dem Tod des Schülers Alexandros Grigoropoulos. Sie treten auch regelmäßig bei den Wahlen an, wobei sie besonders bei Kommunalwahlen viele Stimmen erhalten (2014 z.B. 2,27 %, 124000 Stimmen). Bei den Wahlen im Jahr 2015 kamen sie nur auf 0,6 bzw. 0,8%, eine Folge der politischen Polarisierung. Zwei Gruppen verließen 2015 das Bündnis, weil sie nicht mit der eigenständigen Kandidatur von Antarsya einverstanden waren, und traten zur LAE über.

Unsere Gesprächspartner Nikos, Stavros und Dimitri sind aktive Gewerkschaftsmitglieder und nehmen dort auch Funktionen wahr. Für Antarsya ist die Gewerkschaftsarbeit zentral, sie treten dort als „Sammlung“ auf und sind in den Gremien der Öffentlichen-Dienst-Gewerkschaften zu 10-15% vertreten, ähnlich stark wie die KKE. Im Privatsektor ist ihr Einfluss besonders stark in den Arbeiterzentren (so etwas Ähnliches wie bei uns die DGB-Ortskartelle) sowie bei der Jugend. An den Unis sind sie bei den Studentenwahlen die drittstärkste Kraft (nach ND und KKE).

Zur Einschätzung der Situation seit letztem Jahr:

Es gibt eine große Enttäuschung, aber auch eine große Wut. In einer jüngsten Umfrage äußerten 40%, sie hätten „Wut“, und 20%, sie seien sogar „in Rage“. Es gibt aber noch keine Wege, in denen sich diese Wut äußern könnte. Viele hatten sich sehr engagiert, um Syriza an die Regierung zu bringen (z. B. 45 Generalstreiks, Auseinandersetzungen mit der Polizei). Dem parlamentarischen Teil von Syriza gelang es, diese Bewegung zu integrieren und in Wahlstimmen umzumünzen. Zurzeit liegt Syriza noch bei 15%. Man muss einen Ausweg suchen, der nicht übers Parlament geht, aber dies ist sehr komplex. Die Rolle der Gewerkschaftsführungen ist es, die vorhandene Wut in Apathie umzuwandeln.

Sowohl psychologisch wie politisch muss ein Neuaufbau erfolgen, der muss aber bis zur Machtfrage gehen. Es gilt in den Gewerkschaften aggressive Ansätze zu finden, die letztlich bis zum Umsturz führen können. Der Kapitalismus kann die Arbeiterschaft materiell nicht mehr gutstellen und damit bestechen. Die Leute wissen jetzt auch, dass die Institutionen (EU, IWF, Gläubiger) keinen Deut zurückweichen werden.

Frage: Geht die Wut nicht nach rechts?

Das kommt vor. In den Gewerkschaften äußert sich das nicht. Es gibt aber Aktionen der Nazis gegen Flüchtlinge. Die Gefahr einer Rechtsentwicklung ist da. Die Frustration plus das

Flüchtlingsproblem ergibt eine gefährliche Mischung. Der antifaschistische Kampf muss mit der Solidarität mit Flüchtlingen verbunden werden, das ist grundlegend.

Frage: In welche Richtung soll der Ausweg gehen?

Es muss eine politische Partei geben, die die Bewegung anleitet: „Partei der kommunistischen Befreiung“. Sie sehen drei Säulen: Bewegung, Arbeiterfront, politische Front. Es muss eine kämpferische Front des Umbruchs, eine antikapitalistische Arbeiterfront aufgebaut werden. Diese wird nicht von einer revolutionären Partei angeleitet werden. Sie sind dabei, den Aufbau einer Front und die Entstehung einer Partei mitzutragen als aktuelle Aufgabe. So kann Chaos vermieden und der revolutionäre Umsturz angestrebt werden. Sie sind eine ML-Fraktion, aber keine Partei neuen Typs, sondern suchen einen revolutionären Ausweg für Griechenland und darüber hinaus. Nächstes Jahr wird NAR einen Kongress durchführen zur Ausarbeitung eines Konzepts zum Sturz des Kapitalismus und des Aufbaus einer Arbeiterherrschaft.

Frage: Die Strategiedebatte scheint sehr intern zu sein. Wo gibt es eine Öffnung zu anderen Sektoren, Autonomen, Anarchisten z.B.?

Sie sehen sich nicht als Vorhutpartei. Entscheidend ist die antikapitalistische Arbeiterfront als ein offenes Bündnis. Sie versuchen den internationalen Austausch zu organisieren. An der politischen Front gilt es die KP neu zu begründen. Sie veröffentlichen „Marxistische Hefte“ zur Diskussion. Sie haben Kontakte zu anderen Kommunisten, im November wird es ein überregionales Treffen mit Vertretern aus den Mittelmeerländern geben.

Um eine Bewegung neu aufzubauen, arbeiten sie in den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen. Es sollen Kampfausschüsse in den Gewerkschaften, Stadtteilen, mit prekarierten Jugendlichen, Arbeitslosen gebildet werden, die dann die Arbeiterfront gründen können. Antarsya insgesamt muss gestärkt und verbreitert werden mit dem Ziel einer anderen Linken.

Frage: Alle griechischen Linken reden immer von Zusammenarbeit, wenn es aber konkret wird, dann sind sie doch wieder getrennt und zersplittert. Wie sehen sie die Frage der Zusammenarbeit, z.B. mit LAE?

Sie sind Fanatiker der Bündnispolitik. Sie haben sich am Mittwoch bei der [sehr kleinen] Kundgebung gegen den Verkauf von Ellinikó beteiligt, aber nicht als Antarsya mit eigenen Fahnen, sondern als Teil eines gemeinsamen Bündnisses. Mit LAE bilden sie gemeinsame Aktionsbündnisse. Das Problem bei LAE ist, dass sie sich nach wie vor im Parlamentarismus bewegt. Dabei unterscheidet sie sich nicht von der „alten Syriza“. Deshalb ist ein strategisches Bündnis mit ihnen schwierig.

LAE zeigt sich auch offen für „patriotische“ Kräfte. Welche sollen das sein? Dahinter verbirgt sich die Vorstellung von einem „bösen“, ausländischen und einem „guten“ griechischen Kapital. Z.B. Goldabbau in Chalkidike: Dort wäre es richtig, dass eine staatliche Firma das übernimmt und ein Ausschuss aus Arbeitern und Einwohnern die Kontrolle darüber hat, was passiert. Stattdessen setzen Syriza und LAE auf Gutachten internationaler Experten, die untersuchen sollen, was umweltverträglich ist und was nicht und damit soll dann die private Firma kontrolliert werden.

Ein weiterer Unterschied zu LAE ist der antifaschistische Kampf. Sie sehen eine enge Verbindung von Antifaschismus und Antikapitalismus, weil das Kapital den Faschismus zur Erhaltung seiner Herrschaft benutzt. Antifaschistische Arbeit heißt die Diskussion zu

führen in Betrieben, in Gewerkschaften, in Arbeiterzentren, den Stadtteilen, sie dort konkret und praktisch werden zu lassen und nicht einmal im Jahr mit Fahnen bei der Demonstration zum Gedenken an den Mord an Pavlos Fissas aufzutauchen.

In antifaschistischen Aktionsbündnissen ist es wichtig, die Übergänge zwischen Patriotismus, Nationalismus und Faschismus aufzuzeigen. Und das macht die Zusammenarbeit manchmal schwierig.

Generell verläuft die Trennungslinie zu LAE zwischen der Verwaltung eines „besseren“ Kapitalismus und der Umwälzung in Richtung einer Volksmacht. Trotzdem sind unmittelbare Bündnisse möglich auf konkreter, unterer Ebene.

Zu den Gewerkschaften

Die heutigen Strukturen entsprechen den Verhältnissen des vergangenen Jahrhunderts mit festen Arbeitsplätzen, Tarifverhandlungen, Lohnsteigerungen usw. Diese Strukturen passen nicht mehr zur heutigen Lage angesichts des übergroßen Anteils an Arbeitslosen, prekär Beschäftigten und Niedriglöhnern. Die Frage ist, wie sich diese Teile organisieren können. Bei den jetzigen Strukturen gibt es dafür keine Möglichkeiten. Die Arbeiter müssen sich klassenbewusst organisieren und dafür neue Formen finden. Wirtschaftliche Forderungen sind kaum oder gar nicht mehr durchzusetzen, also muss der Kampf politisch geführt werden. Sie versuchen mit der Jugendfront „Attacke“ dieses Problem anzugehen. Die strukturelle Krise des Kapitalismus erfordert neue Wege und Antworten.

Zu der Einführung der neuen Arbeitsgesetze und dem Kampf dagegen

Es handelt sich um einen zweifachen Angriff: gegen die Arbeitsbedingungen und die Gewerkschaftsrechte.

Sie sehen als Hauptproblem das Gewerkschaftsgesetz von 1982, das von der PASOK-Regierung eingeführt wurde. Dieses Gesetz stellt die Grundlage dar für neoliberale Politik. Die Gewerkschaftsbürokratie und die PAME haben dieses Gesetz nie in Frage gestellt. Das Gesetz bindet die Gewerkschaften an die Regierung. Politisch ging es 1982 darum, die Kommunisten, die z.T. im Exil oder im Untergrund waren, wieder zu integrieren und damit unschädlich zu machen. Das ist gelungen.

Ihre Strategie ist, Kampfausschüsse und Streikausschüsse zu gründen und so die bürokratischen Strukturen zu überwinden.



Die Reisegruppe bei Antarsya

Zur Rolle der PAME, der Gewerkschaftsorganisation der KKE

In den Gewerkschaften gibt es einen antikapitalistischen Flügel, bestehend aus den linken Gruppierungen. Die PAME dagegen verhält sich rein ökonomistisch, d.h. will nur die Arbeitsbedingungen verteidigen, verbessern. Ihr politisches Endziel verlegt sie auf das Übermorgen. Sie wollen dominieren. Sie sind Reformisten. Wo sie stark sind, sind sie z.T. sehr kämpferisch, dann arbeiten sie auch wieder mit den Bürokraten zusammen. Generell gilt: Wenn es ernst wird, ziehen sie sich zurück. Im Arbeiterzentrum in Athen zum Beispiel stellt die PAME neun von 31 Vertretern, mit anderen zusammen könnte es eine kommunistische Mehrheit geben. Tatsächlich distanzieren sie sich von den anderen Linken, die für sie Reformisten, Kapitalistenknechte usw. sind. Als Resultat können die Vertreter von PASOK und ND bestimmen. Das ist überall so. Im Ergebnis arbeiten KKE/PAME mit den bürokratischen Kräften zusammen, was die Arbeit ungeheuer erschwert.

Manfred

Beim Branchenverband der Gewerkschaft der Sozialversicherungen

Samstag,
23. September

Vorstellungsrunde: Andi stellt die Struktur von ver.di vor, Rolf die Gruppe, Ingrid berichtet über eine antifaschistische Aktion auf Kreta.

Manfreds Frage nach der Finanzgrundlage des Dachverbandes: Auch hier gibt es Gewerkschaftsbeiträge als festen Betrag in Höhe von 3,- € im öffentlichen Sektor.

Durch die Privatisierungen wird der Organisationsgrad von 12 % noch weiter zurückgehen. Die einstmals stärksten privaten Branchen Bau und Textil sind fast verschwunden. Die Renten wurden um 50% gekürzt. Auch die staatlichen Zuschüsse zur Rentenversicherung wurden auf 50% reduziert. Aufgrund dieser Politik ist auch das BSP gesunken, die Arbeitsverhältnisse haben sich verschlechtert. Dadurch sind auch Staatseinnahmen gesunken. Die Folge davon wird sein, dass auch die Kassen der Versicherungsanstalten leer werden.

In Griechenland ist ausschließlich der Staat für die Renten zuständig. Wenn die nicht mehr gezahlt werden, gibt es keine Betriebsrenten, die das ausgleichen würden. Ein neues Gesetz sieht vor, dass der Staat nur noch einen Mindestzuschuss zahlt, der Rest von den Versicherungen der Betriebe getragen werden soll. Schätzungen gehen davon aus, dass die Rente in Zukunft im Bereich von 200 bis 600 € sein wird. Dazu kommen für die RentnerInnen noch die ganzen Steuererhöhungen.

Die Sozialversicherungen wurden systematisch heruntergewirtschaftet, z.B. durch Verluste bei Börsenspekulation. Eine Absicht war, das Ansehen der Sozialversicherung zu senken, um Privatversicherungen zu begünstigen. Es gab auch illegale Entnahmen aus den Versicherungen: 10 Mrd. € wurden entnommen um Schulden zu bezahlen. Die jetzige Regierung macht weiter mit dieser Politik. Seit den 50er Jahren sind 90 Mrd. € aus den Kassen verschwunden. In jedem Jahr fehlen ca.10 Mrd. Durch die Arbeitslosigkeit, Schwarzarbeit... fehlende Zuschüsse etc.

Die Gewerkschaft setzt sich für die Sozialversicherung ein. Der Verband hat sich als einer der wenigen (innerhalb von ADEDY) für das „OXI“ im Juli 2015 eingesetzt. Im Jahr 2013 haben sie 13 Tage gestreikt um die Entlassung von Kollegen zu verhindern.

Die Gewerkschafter gehen davon aus, dass es eine Mobilisierung gegen die Reform der Arbeitsgesetze geben wird. Mit den Reformen werden ja nicht nur Entlassungen durchgesetzt, sondern auch die Privatisierungen weitergeführt.

Die Gewerkschaft ist auch die Vertretung der Beschäftigten der Polikliniken (EOP)*, die von der Versicherung betrieben werden. Dort arbeiten ca. 1500 Beschäftigte. Fünf Gesellschafter sind Träger dieser Einrichtung. Notwendig wären 11,5 Mrd. Zur Verfügung standen nur 5 Mrd. Eigentlich sollte die Versorgung verbessert werden, tatsächlich wurden die Leistungen immer schlechter.

Beispiel: Bei einer Entbindung gab es einen staatlichen Zuschuss. Hilfen gibt es heute nur noch bei Hausgeburten. Medikamente und Material wurden übersteuert gekauft. Dadurch wurde viel Geld verschwendet (Oft waren Sachen viermal so teuer wie im Geschäft.)

Weil die Kassen immer weniger einnehmen, geben sie immer weniger an die Polikliniken, weil das Geld für die Renten gebraucht wird. Die Forderung ist nun, dass die EOP direkt vom Staat finanziert werden.

Es gibt eine große Verunsicherung bei den Menschen. Die Regierung ist eigentlich keine Regierung. Sie behauptet zwar einen guten Willen zu haben, aber darf nicht selbstständig handeln, weil sie die Auflagen der Troika/Quadrige durchführen muss.

Das Thema Eigentumswohnungen hat in Griechenland eine lange Tradition. Es gab eine staatliche Förderung und paritätische Finanzierung durch ArbeitnehmerInnen und Unternehmen. Derartige Sozialprogramme wurden abgebaut. Sie bezogen sich auch auf Infrastruktur und Kulturangebote. Die Institution wurde zwar abgeschafft. Der Geldanteil wird aber weiter von den Arbeitnehmern eingezogen. Diese Beiträge werden jetzt an die Versicherungsgesellschaften überwiesen.

Auch die Löhne sind in den letzten 5 Jahren um 42% gekürzt worden. Die Löhne werden in Griechenland balkanisiert (auf das Niveau z.B. von Bulgarien). Die drei Memoranden sind eine Todesspirale.

Auch die Legitimität der Schulden steht in Frage. Sie können nicht mehr zurückgezahlt werden. Wir müssen den Teufelskreis durchbrechen! Aber wie?

Nach einer ausführlichen Darstellung des deutschen Sozialversicherungssystems und der Einschnitte, die es in den letzten 20 Jahren gegeben hat, entspann sich eine angeregte Diskussion darüber, wie diese Entwicklung gestoppt werden kann und dass der Widerstand gegen die Vorhaben weitergehen muss.

Das Essen, zu dem wir nach drei Stunden Diskussion von den griechischen Kollegen eingeladen wurden, war lecker und reichhaltig und wir genossen es, zumal wir doch sehr stark auf nonverbale Kommunikation angewiesen waren. Unsere Dolmetscherin hatte sich verabschiedet und auch in Englisch war die Verständigung suboptimal, aber herzlich.

Es war das erste Mal seit langem, dass wir von einer offiziellen Branchengewerkschaft auf Landesebene eingeladen wurden. Vielleicht lässt sich ein Anknüpfungspunkt finden die offiziellen Gewerkschaftsstrukturen in unsere Austauschprojekte einzubeziehen.

Hans

Veranstaltung zu Wehrmachtsverbrechen auf Kreta

Sonntag,
24. September

Am letzten Tag unserer Reise, am Sonntag, den 25. September, fand eine festliche Zusammenkunft im repräsentativen „Polis Art Cafe“ in Athen statt, um der Opfer der Deutschen Wehrmachtsverbrechen insbesondere auf Kreta zu gedenken, die Verpflichtung der deutschen Bundesregierung für Reparationsleistungen an den griechischen Staat und Entschädigungen der Nachkommen anzumahnen, und Manolis Glezos zu ehren.

Veranstalter war der Viannos Verein „Der Vorbeigehende“ (Durchreisende) in Zusammenarbeit mit dem Verband der Holocaustopfer der Gemeinde Viannos im Süden Mittelkretas. Am 14. September 1943 wurden hier auf Befehl von Friedrich-Wilhelm Müller, damals Kommandeur der 22. Infanterie-Division in Griechenland, mehr als 400 Männer, Frauen und Kinder des Ortes hingerichtet und der Ort sowie mehrere umliegende Dörfer niedergebrannt.

Eröffnet wurde die mit etwa 300 Besuchern überfüllte Veranstaltung von hohen Würdenträgern der griechisch-orthodoxen Kirche, den Archimandriten Sevastios Somarakis und Filotheos Pigiakis – Ausdruck der Tatsache, dass ein großer Teil der Glaubensgemeinschaft die Forderungen der Nachkommen des Massakers sowie des „Nationalrates für die Einforderung von Kriegsschulden“ teilt.

Anders als der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber, der fordert, die Griechen sollten „mehr Kraft aufwenden, ihr Land voranzubringen, als in den Archiven wegen angeblicher Kriegsschulden zu wühlen“, wurde in den Redebeiträgen der Historikerin Dr. Lydia Papadaki, eines Vorsitzenden des Vereins „Der Vorbeigehende“, Dr. Aristomenis I. Singelakis, und von Manolis Glezos darauf verwiesen, dass es nicht nur um die seit Gründung der BRD verweigerten Reparationszahlungen gehe, sondern auch um die überfällige und aufrichtige Aufarbeitung der griechisch-deutschen Geschichte.

Zur Erinnerung: 1942 drückten die Nazis dem besetzten Griechenland immense finanzielle Verpflichtungen auf, um die deutsche Besatzung zu finanzieren. Zudem wurde Griechenland zu einer Zwangsanleihe verpflichtet, die zinslos zur Verfügung gestellt werden musste. Bis heute sind von Deutschland weder die Zwangsanleihen (incl. Zins + Zinseszins ca. 150 Mrd. Euro) zurückgezahlt worden, noch wurden Reparationszahlungen geleistet. Das Londoner Schuldenabkommen von 1953 hatte Deutschland bis zu einer Wiedervereinigung (die damals nicht erwartet wurde) und bis zu einem Friedensabkommen von allen Reparationen freigesprochen. Seit dem Fall der Mauer 1989 kann Deutschland das nicht mehr geltend machen, die deutsche Position entbehrt darüber hinaus jeder völkerrechtlichen Grundlage – gezahlt wird trotzdem nicht. Vertrags- und Völkerrechtsfragen sind eben letztlich Machtfragen.

Manolis Glezos wies, wie schon bei seinen Besuchen in der Bundesrepublik, den Einwand zurück, die Vergangenheit werde instrumentalisiert: Es gehe um eine moralische Verpflichtung, der sich die deutsche Regierung endlich stellen müsse: „Wir, die wir geliebte Menschen verloren haben, empfinden keinen Hass für die Menschen in Deutschland, streben nicht nach Vergeltung. Alle, die mir wirklich zuhören, stimmen der Rechtmäßigkeit unserer Forderungen zu. Oft standen mir Deutsche zur Seite, halfen mir, mit der Bevölkerung in Deutschland zu kommunizieren. Und das ist viel wertvoller, dauerhafter, menschlicher. Und es ist gegenseitig.“

Uns blieb nur, seiner Aufforderung entsprechend, in einem Grußwort für die Einladung zu danken und auf das Anliegen unserer Reise zu verweisen: „Nein zu Spardiktaten und Nati-

onalismus“. Wechselseitige Besuche griechischer und deutscher Kolleginnen und Kollegen als kleines Zeichen internationaler Solidarität, als Zeichen der Verbundenheit im Widerstand von unten gegen die zunehmenden Angriffe von oben, die zur Ausplünderung und Verelendung ganzer Völker führen, als Zeichen im Bemühen um ein politisch vereinigt, friedliches und soziales Europa seiner arbeitenden und derzeit arbeitslosen Bevölkerungen statt eines Europas unter dem Diktat des Kapitals.

Rolf



Aristomenes Singelakis. Manolis Glezos, Rolf Becker und unsere unermüdliche Übersetzerin, Jennifer Krumbholz (vlnr)



Auch wenn die Teilnehmer*innen einen Großteil der Kosten übernommen haben, ohne die finanzielle Unterstützung der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, wären die Solidaritätsreisen in diesem Umfang nicht möglich gewesen.

Für tatkräftige Unterstützung beim Layout, beim Druck und bei der Verbreitung dieser Broschüre danken wir der Gesellschaft für das Studium der Arbeiterbewegung (GfSA e.V.). Diverse Publikationen der GfSA e.V. finden sich im Netz unter www.arbeiterpolitik.de. Darunter finden sich auch mehrere Artikel, die sich mit der politischen und sozialen Lage in Griechenland auseinandersetzen.